

18. DEZ. 1962

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

B/XVII. 253

Bonn, den 18. Dezember 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Die evangelischen Christen im geteilten Deutschland 76

Von Dr. Dr. Gustav Heinemann, MdB
Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche
in Deutschland

3 - 5 Stabile Regierung auf breiter Basis 102

- Erich Ollenhauer zu den Verhandlungen über eine
Große Koalition

5 Die Bundeswehr gehört uns allen 33

Ratschläge für den neuen Verteidigungsminister

6 Weihnachtswünsche von "drüben" 48

Ein Brief aus der Zone

7 Aufgabe für deutsche Kapitäne 36

Un erfreuliche Zwischenfälle bei Israel-Aufenthalten

Chefredakteur Günter Markscheffel

Die evangelischen Christen im geteilten Deutschland

Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, MdB

Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Jahrelang konnten wir sagen, dass die Evangelische Kirche in Deutschland über die politische Spaltung unseres Volkes an der Elbe-Werra-Linie hinweg eine verbindende Klammer sei. Die 120 Mitglieder ihrer jeweiligen Synoden versammelten sich von Saarbrücken bis Görlitz. Der Rat als leitendes Organ mit seinen 12 Mitgliedern, berufen aus Gliedkirchen in Ost und West, betreute die gemeinsamen Angelegenheiten von 40 Millionen Evangelischen. Das alles war so seit 1948, d.h. seit dem damals in Eisenach vollzogenen Zusammenschluss sämtlicher evangelischen Landeskirchen zur Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Ist das zu Ende?

"Einheit im Getrenntsein"

Zu den Gliedkirchen der EKD gehört u.a. die Evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg. Sie hielt Anfang Dezember d.J. diesseits und jenseits der Berliner Mauer in beiden Teilen der Stadt zwei Regionalsynoden ab, die wegen ihrer vergeblichen Bemühung um die Wahl eines Nachfolgers für den 82jährigen Bischof D. D i e b e l i u s allgemeine Aufmerksamkeit fanden. Der Vorgang rückte mit besonderer Deutlichkeit ins Bewusstsein, wie stark die politische Spaltung auch die überkommenen kirchlichen Zusammenhänge ergreift. Die EKD will im nächsten Frühjahr wieder eine Tagung ihrer Synode veranstalten. Wird sie, wie zuletzt noch im Februar 1961, zusammentreten können? Wir wissen es nicht. Der Rat der EKD kann seine etwa alle sechs Wochen stattfindenden Sitzungen schon seit längerem nur noch getrennt in West- und Ost-Berlin abhalten.

Die Westberliner Regionalsynode erklärte am 9. Dezember 1962:

- * "... Die Beratungen der regionalen Synode über die
- * Bischofswahl in der berlin-brandenburgischen Kirche
- * war von der Tatsache des Getrenntseins bestimmt,
- * gleichzeitig aber auch von dem Willen, auch unter
- * diesen erschwerten Umständen an der kirchlichen
- * Einheit festzuhalten."

Die Ostberliner Regionalsynode würde ebenso sprechen. Einheit im Getrenntsein, - das also kennzeichnet die gegenwärtige Lage der evangelischen Kirchen in Deutschland.

Staat und Kirche

Es ist nicht zu leugnen, dass politische Grenzen in der Geschichte oft einen Einfluss auf kirchliche Gestaltungen gehabt haben, zumal in Zeiten besonderer Nähe von Staat und Kirche und der damit verbundenen

unmittelbaren Einwirkungsmöglichkeit weltlicher Gewalthaber auf die Kirche. Es sind das die Zeiten, die wir gemeinhin mit "Thron und Altar" charakterisieren. Es lässt sich aber auch nicht bestreiten, dass die Kirche in der Geschichte immer wieder vor der Aufgabe stand, ihre Eigenart und Unabhängigkeit von politischen Gegebenheiten oder Einflüssen zu bewahren oder zu erkämpfen.

Seit der Trennung von Staat und Kirche ist solche Eigenständigkeit der Kirche auch in ihrer äusseren Ordnung immer stärker geworden, von ihrer geistigen Haltung ganz zu schweigen. Politische Grenzen können für die Kirche grundsätzlich nicht massgebend sein. Darum wurde der Bildung einer separaten evangelischen Kirche im Saarland widerstanden, als es um die politische Abgliederung des Saarlandes ging. Darum wehren sich heute die evangelischen Kirchen im gesamtdeutschen Bereich dagegen, dass sie durch die politische Situation auseinandergerissen werden.

Übereinstimmung im Glaubensverständnis

Grundlage und Inhalt des Verbundenseins aller Christenheit ist ihr gemeinsamer Herr, Jesus Christus. Dieser eine Herr verlangt die Einheit seiner Kirche in aller Welt. Sie kommt am ehesten dort zu stande, wo ein gemeinsames Verständnis des Glaubens sowie eine Gemeinsamkeit der Geschichte und der Sprache obwalten, wie es im Umkreis des deutschen Protestantismus als einem Kernbereich der Reformation der Fall ist. Die EKD ist Ausdruck solcher Einheit. Sie ist nach dem jahrhundertelangen Vorherrschen des landesherrlichen Kirchenregiments und seiner partikularistischen Interessen spät genug erreicht worden. Sie zu bewahren ist für die Beteiligten eine Verpflichtung, deren Erfüllung äusserlich erschwert, ja nahezu unmöglich gemacht werden kann, aber dennoch bestehen bleibt. Die Zeit der ökumenischen Bewegung, d.h. des weltweiten Zusammenrückens von Kirchen auch unterschiedlicher Traditionen, Gestaltungen und Sprachen, wie es zuletzt in der Weltkirchenversammlung von Neu-Delhi 1961 zum Ausdruck kam, drängt sogar zu noch weiter greifenden Ausformungen kirchlicher Einheit, als sie bislang für möglich gehalten wurden. Umso weniger sind neue Teilungen ansehbar.

* * *

Entscheidend für kirchliche Einheit, in welchem Sinne auch immer, ist die Übereinstimmung im Glaubensverständnis. Wo sie besteht, kann keine strukturelle Massnahme sie auslöschen. Die evangelischen Christen im geteilten Deutschland sind sich ihres gemeinsamen Glaubens besonders in den weihnachtlichen Tagen bewusst und erhoffen von dem neuen Jahr, dass es sie zu einer unbehinderten Betätigung dieser Einheit in allen Zweigen des kirchlichen Lebens kommen lässt.

+ + +

Stabile Regierung auf breiter Basis

Erich Ollenhauer zu den Verhandlungen über eine Große Koalition

Eine Woche lang stand Bonn im Zeichen der Großen Koalition. Zu den Beratungen und Verhandlungen dieser Woche hat die DEBATTE folgendes Interview mit dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, gemacht:

Frage: Aus welchem Grund wurden die Verhandlungen über eine Große Koalition zwischen SPD und CDU/CSU aufgenommen?

Erich Ollenhauer: Anlass für die gegenwärtige Regierungskrise war die "Spiegel"-Affäre, und es ist gar keine Frage, daß diese Affäre in allen ihren Punkten klargestellt und bereinigt werden muß. Wir Sozialdemokraten werden da nicht lockerlassen.

Darüber hinaus ist aber festzustellen, daß die Kleine Koalition zwischen CDU/CSU und FDP seit ihrem Bestehen praktisch von einer Krise in die andere geschlittert ist, aber in der sachlichen Regierungstätigkeit fast keinerlei Erfolge aufweisen kann. Von den großen Problemen, deren Lösung die Bundesregierung im November 1961 in ihrer Regierungserklärung für diese Legislaturperiode angekündigt hat, ist keines in Angriff genommen worden. Die Kleine Koalition hat sich als schwach und unstabil herausgestellt. Deutschland braucht aber gerade in dieser Zeit eine starke und handlungsfähige Regierung. Wir waren und sind der Meinung, daß eine Große Koalition zwischen SPD und CDU/CSU eine solche leistungsfähige Regierung gebracht hätte.

Zur Reform des Wahlrechts

Frage: Wie steht die SPD zur Frage einer Wahlrechtsreform, an der nach einer Erklärung der CDU/CSU die Koalitionsverhandlungen gescheitert sein sollen?

Erich Ollenhauer: In der CDU/CSU gibt es Kreise, die ein reines Mehrheitswahlrecht wünschen, um, wie sie sagen, "stabile Verhältnisse", das heißt, ab 1965 einen Bundestag ohne FDP zu schaffen. Bei den Beratungen in den Führungskörperschaften der SPD hat sich erwiesen, daß wir einem solchen Mehrheitswahlrecht nicht zustimmen können. Das sagen wir nicht aus Eigennutz, denn bei einem Zweiparteiensystem auf der Basis des Mehrheitswahlrechts hätte auch die SPD ihre gute Chance. Aber wir hielten es nicht für vertretbar, ein Gesetz zu machen, das schon bei der nächsten Bundestagswahl Gültigkeit haben soll, ohne daß der Wähler selbst noch einmal dazu Stellung nehmen könnte.

Wenn die CDU/CSU der Meinung war, daß sie zusammen mit der FDP unter den gegenwärtigen Umständen keine stabile und arbeitsfähige Regierung erreichen konnte, so blieb der Weg zu einer Koalition mit der SPD offen. Natürlich wäre das nur auf eine begrenzte Zeit, also bis zum Ende dieser Legislaturperiode möglich gewesen. Niemand will bei uns österreichische Verhältnisse einführen. Aber in der gegenwärtigen Lage ging es doch nicht darum, die CDU/CSU von 1965 ab von einem lästigen Koalitionspartner zu befreien, sondern für die nahe Zukunft eine handlungsfähige Regierung zu bilden.

In Übrigen ist bekannt, daß auch ein großer Teil der CDU/CSU gegen das Mehrheitswahlrecht ist.

Koalition mit Adenauer ?

Frage: Wäre eine Große Koalition auch unter dem gegenwärtigen Bundeskanzler möglich gewesen?

Erich Ollenauer: Es ist kein Geheimnis, daß die Meinung zu dieser Frage in Parteivorstand, Parteirat und Bundestagsfraktion nicht einheitlich gewesen ist. Ein Teil unserer Abgeordneten hielt die Personenfrage für das Entscheidende. Ein anderer Teil legte größeren Wert auf die Frage, in welchem Ausmaß wir in einer Großen Koalition Vorstellungen sozialdemokratischer Politik würden verwirklichen können.

Eine Entscheidung dazu konnte man nur fällen, wenn man das Verhandlungsergebnis in seinem ganzen Umfang, sachlich und personell kannte. Die Fraktion hat daher mit überwältigender Mehrheit beschlossen, daß in den Verhandlungen alle sachlichen und personellen Fragen erörtert werden müßten, die zu einer Regierungsbildung gehören. Das heißt: auch die Person des Bundeskanzlers hätte dabei zur Debatte gestanden. Daß wir gegen eine womöglich noch unbefristete Kanzlerschaft Adenauers sind, ist klar. Ebenso klar ist, daß die andere Seite Adenauer weiterhin als Kanzler sehen möchte.

Daneben aber hätte man über politische Sachfragen, insbesondere der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Innenpolitik, verhandeln müssen. Erst wenn das Ergebnis der Beratungen in seinem vollen Umfang, sowohl personell wie sachlich, vorgelegen hätte, wäre eine Entscheidung möglich gewesen.

Das Gespräch hat begonnen

Frage: Welche Auswirkungen werden die Verhandlungen und Gespräche zwischen CDU/CSU und SPD für die Zukunft haben?

Erich Ollenauer: Ich betrachte diese Vorgänge als eines der wichtigsten innenpolitischen Ereignisse seit der Gründung der Bundesrepublik. Wir haben uns seit langem gegen die Verkettung des innenpolitischen Gegners gewandt. Wir haben immer wieder gesagt: Das deutsche Volk kann nicht unheilbar verfeindete Christliche Demokraten und Sozialdemokraten ertragen. Nun haben wir erlebt, daß sich auch die andere Seite zu dieser unserer Forderung bekannt hat. Das ist ein großer Gewinn.

Die Zukunft wird zeigen, daß das Verhältnis zwischen den beiden großen Parteien auf eine neue Grundlage gestellt ist. Das Gespräch zwischen ihnen hat begonnen und es wird nicht wieder abreißen. Das ist gut für die Demokratie und gut für unser Volk.

Der Lage nicht gerecht

Frage: Wie beurteilen Sie die Aussichten für die neu gebildete Regierung aus CDU/CSU und FDP?

Erich Ollenauer: Man hat in diesen Tagen scherzhaft gesagt, hier sei ein verhindertes Mörder mit seinem potentiellen Opfer in ein Kabinett gesperrt worden. Daran ist etwas Wahres. Ich fürchte, daß auch künftig das gegenseitige Mißtrauen stärker sein wird als die Bereitschaft zur

Zusammenarbeit. Mag sein, daß der Schock dieser Tage uns für eine gewisse Zeit vor äußerlich sichtbaren Krisen bewahren wird, aber die Angst vor der nächsten Regierungskrise sichert noch keine arbeitsfähige Regierung.

Das erste Jahr der Kleinen Koalition von der Regierungsbildung bis zur Spiegel-Affäre hat bei der Bevölkerung einen enormen Vertrauensschwund hervorgerufen. Auch aussenpolitisch haben wir keinen Anlaß zur Sorglosigkeit. Dieser Situation wird die gegenwärtige Regierung nicht gerecht.

Die Sozialdemokratie ist sich ihrer Verantwortung vor dem deutschen Volk wohl bewußt. Sie ist bereit, ihren Beitrag zur Überwindung der Krise zu leisten, die ja durch die Neubildung der Kleinen Koalition nur vertagt und nicht behoben ist. Wir glauben, daß innenpolitisch das Vertrauen der Bevölkerung und aussenpolitisch die Aktionsfähigkeit zurückgewonnen werden müssen. Das ist nur durch eine stabile Regierung auf breiter Grundlage möglich. Wir sind bereit, daran mitzuwirken.

+ + +

Die Bundeswehr gehört uns allen.

sp - Der neue Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel steht vor der nicht beneidenswerten Aufgabe, das Bundesverteidigungsministerium wieder in geordnete Bahnen zu führen und von den Belastungen seines Vorgängers, den Franz Josef Strauss, mit dem er sich immer stärker entfremdet hat, frei zu machen. Man weiß aus seiner Tätigkeit als prominenter CDU-Politiker und Regierungschef von Schleswig-Holstein, daß von Hassel ein betonter Gegner der Sozialdemokraten ist, der seinerzeit in Heide nicht davor zurückschreckte, am Beispiel von Willy Brandt die Emigrantenfahre aufrechter Demokraten zu diskreditieren. Man weiß auch, daß der Wahlkampfleiter von Hassel bei der letzten Bundestagswahl jede große Koalition ablehnte und auch seitdem jedem seiner Parteifreunde den Weg nach oben verwehrte, wenn er überhaupt nur mit dem Gedanken spielte.

Dennoch wird man dem neuen Verteidigungsminister eine Chance geben müssen, die aber hier wegen der Vorbelastungen mit der direkten Anforderng verknüpft sein muß: Als Verteidigungsminister hat sich Kai-Uwe von Hassel aus dem Parteienstreit weitgehend herauszuhalten. Er darf Parteipolitik und Leitung der Bundeswehr niemals miteinander verknüpfen, denn die Bundeswehr gehört uns allen. Es wäre gut, wenn er aus seinem Parteiamt ausscheiden würde, aber auf alle Fälle dürfte er als weiterer Wahlkampfleiter der CDU untragbar sein.

Zweifellos wird sich der neue Verteidigungsminister künftig in militärischen Äußerungen einer größeren Zurückhaltung bedienen müssen. So wie es unter Strauss gelaufen ist, kann es künftig nicht weitergehen. Es wird jetzt an ihm liegen, sich mit dem Gesicht der konventionellen Streitkräfte so zu beschäftigen, daß man den Vorstellungen der anderen Bündnispartner, voran denen der JSA entgegenkommt, zugleich aber den sozialpolitischen Charakter des Bundesetats nicht aushöhlt. Es war schon richtig, daß von Hassel sich in Kiel vor der Presse weigerte, zu seinen neuen Aufgaben Stellung zu nehmen. Es war aber eine grobe Parne, daß er zum gleichen Zeitpunkt als die Nato-Konferenz in Paris lief, dem amerikanischen Fernsehen seine Vorstellungen schon entwickelte, bevor er im bonner Amt war.

+ + +

Weihnachtswünsche von "drüben"

Ein Brief aus der Zone

XXX - Zum Weihnachtsfest und Jahreswechsel werden wieder unzählige Festansprachen gehalten, in denen die Verbundenheit mit dem unter kommunistischer Zwangsherrschaft lebenden Brüdern und Schwestern verichert und bekräftigt wird.

In diesem Jahr ist der Paketstrom zur Zone größer als in den vergangenen Jahren. Aber seien wir ehrlich, ist diese Liebesgabe Ausdruck des gesamten Volkes? Meist handelt es sich bei den Paketsendungen um Familien- und Freundesbände. Ganz selten wird ein Paket geschickt, dessen Empfänger und Absender sich nicht kennen. Das sollte anders sein. Es ist möglich, die Verbundenheit auch auf andere Weise zu zeigen.

Nur einige Beispiele: Hat sich jemals ein Verantwortlicher des Deutschen Fernsehens die Mühe gemacht, die Programmvorschau des Deutschen Fernsehens, die jeden Sonntag gesendet wird, mitzuschreiben? Wir sind auf die kurzen Angaben angewiesen und oft sagt der Titel einer Sendung weniger als der Inhalt verspricht. Darum die Bitte: die Vorschau sollte ausführlicher sein, damit wir uns darauf einstellen können.

Warum bringt man nicht in der Woche ein- oder zweimal eine internationale Presseschau? Im Ulbrichts Machtbereich sind die Menschen nur auf das angewiesen, was in der Einheitspresse zu lesen ist. Sie können sich ihre Zeitung nicht aussuchen und wären dankbar, wenn sie im Fernsehen über das unterrichtet würden, was die Kommunisten ihnen bewusst vorenthalten.

Hat man beim Deutschen Fernsehen jemals daran gedacht, die Menschen in der Zone zu begrüßen? Man komme nicht und sage, wir begrüßen die Zuschauer in der Bundesrepublik auch nicht, es sind alle angesprochen, auch die Zone. Unsere Wissens beginnt nur die Sendung "Magazin der Woche" vom Hessischen Rundfunk mit den Worten: "Guter Tag diesseits und jenseits der Zonengrenze". Hört sich das für ein gespaltenes Volk nicht verbindlicher an?

Warum beginnt man mit Sendungen, für die sich die Zonenbewohner besonders interessieren, so spät? Durch die tägliche Hetze von einem Tag zum anderen, durch das Antreibersystem in den Fabriken ist der Mensch hier am Abend müder als die Menschen in der Bundesrepublik. Man geht früher zur Ruhe, um am anderen Tag den Lebenskampf neu bestehen zu können.

Warum richten wir diese Wünsche an das Deutsche Fernsehen? Weil diese Institution noch in der Lage ist eine unsichtbare Brücke herzustellen und uns das Gefühl zu geben, dass wir "dazugehören".

Zum Abschluss ein Wort an den Bundespostminister. Im März sollen die neuen Tarife für den Paketdienst in Kraft treten. Warum belässt man für Päckchen und Pakete für die Zone nicht den alten Tarif? Oft ist es doch so, daß ein bestimmter Betrag im Monat für Pakete nach der Zone zurückgelegt wird. Wenn sich das Porto jetzt erhöht, sind doch die Zonenbewohner diejenigen, die indirekt das erhöhte Porto zu tragen haben; sie bekommen weniger geschickt. Nach Westberlin hat man doch auch eine andere Zoneneinteilung als wie für die wirkliche Entfernung richtig wäre.

Das alles sind Wünsche, die wir in der Zone haben. Sie sind bescheiden.

Aufgabe für deutsche Kapitäne

I.D. - Vor einigen Monaten hatten deutsche Matrosen in einem Café von Tel-Aviv in angetrunkenem Zustand Nazi-Lieder gegröhlt. Israelische Polizei musste sie vor einer aufgebrachten Menge in Schutz nehmen. Vor sechs Wochen wurde ein deutscher Schiffsoffizier von einem Gericht in Haifa zu einem Monat Gefängnis und einer hohen Geldstrafe verurteilt. (in der Bundesrepublik wäre die Strafe nach den jetzt gültigen Gesetzen höher ausgefallen), weil er in einem Restaurant von Haifa antisemitische Äußerungen übelster Art getan hatte. Das gleiche Gericht in Haifa mußte sich mit dem Fall eines 18jährigen Matrosen befassen, der auf der Strasse der Staat Israel beschimpfte und mit "Heil Hitler" grüßte.

Fürwahr ein trauriges Register. Die Tatsache, dass es sich in allen diesen Fällen um junge Menschen handelt, die von der Nazi-Ideologie nur wenig oder nur das wissen können, was ihnen ihre Eltern oder ihre Lehrer beibrachten, lässt darauf schließen, dass es sich um Halbstarkentum im wahrsten Sinne des Wortes handelt - nämlich dem, das für die internationale antisemitische Schmierwelle vor zwei Jahren verantwortlich war.

Das mag uns hier ein Trost sein. In Israel verfolgt man diese Geschehnisse mit Abscheu und in weiteren Kreisen ist man allzuleicht geneigt, sie mit der deutschen Grundhaltung zu erklären. Es wäre sicher rüßsig, wollte man mit diesen Menschen eine Diskussion beginnen, ob diese jungen Matrosen Ausnahmen darstellen oder die Mentalität eines Volkes repräsentieren. Wichtiger wäre es in der Tat, alles daranzusetzen, dass solche Vorkommnisse in Zukunft verhindert werden, die nur dazu angetan sind, das Verhältnis zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volk noch mehr zu belasten. Die Kapitäne der Israel ansteuernden Schiffe, bei denen diese jungen Menschen angeheuert wurden, wären gut beraten, würden sie diese jungen Menschen, bevor sie sie ans Land lassen, tüchtig ins Gebet röhmen. Es ist doch nun einmal nicht das gleiche, ob ein Schiff in Portsmouth oder in Haifa anlegt, und ein Landgang in Haifa nicht das gleiche wie ein Spaziergang durch Kopenhagen!

Wenn dies schon nicht allen Menschen selbstverständlich zu sein scheint, so müsste man doch von den Verantwortlichen, die Reisen nach Israel beruflicher oder privater Art organisieren, verlangen können, dass sie immer und immer wieder darauf verweisen und auch auf die Verantwortung eines jeden gegenüber seinem eigenen Land, den Letztlich der Schaden zugefügt wird.